

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 03.05.2005

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis - Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 22.02., 01.03., 03.03., 10.03., 15.03. und 17.03.2005
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung, Haushaltskonsolidierungskonzept, Finanzplanung
Beschlussempfehlung an den Stadtrat
Vorlage: IV/2004/04603
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 22.02., 01.03., 03.03., 10.03., 15.03. und 17.03.2005

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften der Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 22.02., 01.03., 03.03., 10.03., 15.03. und 17.03.2005 wurden ohne Änderungen oder Ergänzungen beschlossen.

**zu 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung, Haushaltskonsolidierungskonzept Finanzplanung - Beschlussempfehlung an den Stadtrat
Vorlage: IV/2004/04603**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Frau Weiß, Herr Schramm, Herr Misch, Frau Wolff, Herr Scholze, Herr Weiland, Herr Felke, Herr Koehn, Frau Häußler, Frau Szabados, Frau Waldt, Herr Funke, Herr Doege, Herr Lönnecke, Frau Müller, Frau Riese, Herr Kullik, Frau Ströhl, Frau Pinzler, Herr Heinz, Frau Hock und Herr Schneider.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine aktuelle Zuarbeit des Fachbereiches Finanzservice mit folgendem Inhalt überreicht:

- ◆ Querschnittsanalyse des Verwaltungshaushaltes (Einnahmen / Ausgaben und Abweichungen 2. Lesung 2005 zur 1. Lesung)
- ◆ Erläuterungen der Einnahmen und Ausgaben im Vergleich 2005 zu 2004

In dieser Zuarbeit seien auch Antworten auf die Frage zu entnehmen, warum trotz der angestrebten Haushaltskonsolidierungsbemühungen der Verwaltung das Defizit weiter wächst.

Bezüglich der geplanten Einnahmeerhöhungen im Geschäftsbereich IV um 300 T€ führte Frau Waldt aus, dass diese Einnahmen an das IST der Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden angepasst wurde.

Zu den Kosten der Auenschule sowie Rosengartenschule erläuterte Frau Häußler, dass Sie davon ausgehe, dass die geplanten Kosteneinsparungen noch nicht im Haushalt geplant waren, da noch kein abschließender Beschluss vorliege. Frau Waldt fügte an, dass auch bei einer Fusion die Kosten nicht vollständig eingespart werden können, da die Fusion erst zum 01.09.2005 geplant war.

Auf Nachfrage zum vorläufigen Rechnungsergebnis informierte Herr Funke darüber, dass dieses in ca. 6 Wochen vorliegen werde. Es traten unverhoffte technische Probleme bei der Erstellung des Abschlusses auf. Er bat um Verständnis. Frau Waldt ergänzte, dass die komplette Jahresrechnung so umfangreich wie der Haushaltsplan sei. Voraussichtlich werde die Jahresrechnung 2004 im Juni in den Rechnungsprüfungsausschuss eingebracht.

Die Mitglieder betonten, dass es sehr mühselig sei, zu einzelnen Planansätzen das voraussichtliche IST nachzufragen, um Differenzen zum Plan zu erkennen. Dies erschwere eine ordentliche Planung. Signifikante Änderungen sollten durch die Verwaltung unaufgefordert mitgeteilt werden.

Aufgrund einer Nachfrage teilte Frau Häußler mit, dass die Ausgaben für den ÖPNV ansteigen, da der Landeszuschuss zurückgehe.

Die Nummerierung der Fachbereiche richte sich nach dem Musterstellenplan der KGSt, der auf 10 Dezernate aufgebaut sei, erläuterte Herr Kullik. Da Aufgaben in der Stadt Halle (Saale) auf nur fünf Geschäftsbereiche aufgeteilt sind, ergebe sich diese, auf den ersten Blick nicht schlüssige Aufteilung. Im Dezernatsverteilungsplan sei die Zuordnung der einzelnen Geschäftsbereiche gut zu erkennen. Herr Funke fügte an, dass die Bezeichnung nach den Regeln der KGSt wichtig sei für die Vergleichbarkeit der einzelnen Fachbereiche mit anderen Städten. Die Mitglieder regten an, zur Erleichterung der Zuordnung vor die Bezeichnung der Fachbereiche die römische Zahl des Geschäftsbereiches zu setzen.

Bezüglich der gestiegenen Einnahmen und Ausgaben der Schulverwaltung führte Frau Müller aus, dass in diesem Bereich die gesamten Mittel für das PPP-Projekt der Stadt Halle (Saale) eingeplant seien.

Zur **Georg-Friedrich-Händel-HALLE** erläuterte Frau Häußler, dass zur Zeit Verhandlungen mit der EVH bezüglich des Energiemanagements geführt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt, dass 100 T€ Ausgaben als Leistungsprämie an die Artes GmbH eingestellt werden und bezüglich der Ausgabe einer Sperre des Ausschusses für Finanzen unterliegen.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

Die Mitglieder kritisierten, dass der Beschluss des Ausschusses für Finanzen in der Sitzung am 15.03.2005 nicht korrekt umgesetzt wurde. Aus Seite 21 der Zuarbeit der Verwaltung vom 26.04.2005 sei zu erkennen, dass die beschlossene Kürzung des Zuschusses für das Opernhaus auf 11 Mio. € pro Jahr auf die Theaterwerkstätten ausgeweitet wurde. Dies sei auf keinen Fall die Intension des Ausschusses gewesen.

Ergebnis:

Die Verwaltung wurde gebeten, die Kürzung des **Zuschusses für das Opernhaus** zentral vorzunehmen.

Frau Häußler betonte, dass die Erreichung des nachvollziehbar gewünschten Ergebnisses im laufenden Jahr unrealistisch erscheint.

Die Mitglieder betonten, dass auch das Opernhaus, wie alle anderen Kultureinrichtungen, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung bringen müsse. Der Beschluss der Zuschusskürzung wurde bereits am 15.03.2005 gefasst, die prekäre Haushaltslage der Stadt seit Jahren bekannt. Es sei genügend Zeit gewesen, im Opernhaus die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Bei den bewirtschafteten Geldvolumen sei genügend Verfügungsmasse vorhanden.

Auf Nachfrage zu den Chancen der Genehmigung der Kredite erläuterte Herr Funke, dass diese von der Wertung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes durch das Landesverwaltungsamt abhängen.

Bezüglich der Mehrkosten für die Berliner Brücke führte Herr Heinz aus, dass es durch diese zu keinen finanziellen Nachteilen für die Stadt komme. Herr Dr. Meerheim verwies auf die Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung am 19.04.2005, die in den Sitzungsunterlagen für den 17.05.2005 enthalten sei.

Frau Müller und Frau Riese erläuterten die Erhöhung der Förderung des ÖPNV – Zuweisungen vom Land – Seite 34 (der Zuarbeit vom 26.04.2005). Diese Mittel (2.799.600 €) seien auf Grund eines neuen Gesetzes eingestellt worden. Demnach erhalte die Stadt vom Land einen festen Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr. Die Stadt sei Genehmigungsbehörde für die Zuschüsse an die HAVAG.

Der geplante städtische Zuschuss für ein Café auf der Tiefgarage Hansering in Höhe von 41 T€ (Seite 35) wurde sehr ausführlich diskutiert.

Frau Häußler betonte, dass es vor dem Bau der Tiefgarage Absprachen mit dem Investor gab, dass der Platz belebt werde. Die eingesparten Mittel, die für die Pflasterung notwendig gewesen wären, sollten als Zuschuss an den Investor ausgereicht werden. Die jetzt beantragte Summe stelle bereits einen Kompromiss aufgrund der Haushaltslage dar. Sollte dieser nicht beschlossen werden, müsse die Stadt für die Beendigung der Objektgestaltung eine andere Lösung finden, die sicherlich ebenfalls mit finanziellen Aufwendungen verbunden wäre.

Herr Misch stellte folgenden

Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt, dass die von der Verwaltung beantragten Mittel in Höhe von 41 T€ als städtischer Zuschuss für ein **Café Hanseringgarage** nicht zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung:

3 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Herr Funke erläuterte zur Finanzplanung, dass sich aufgrund der gesetzlichen Vorschriften der Haushaltskonsolidierung der Zeitrahmen von 2003 bis 2012 erstrecke. Ein Sprung sei im Jahr 2010 zu erkennen, da dann die Regelungen zu Hartz IV auslaufen und die weitere Verfahrensweise noch nicht bekannt sei. Für die Zuschussentwicklung an die HAVAG werde angestrebt, diesen bis zum Jahr 2010 auf Null zu senken. Problematisch sei, dass es aufgrund der bekannten Schwierigkeiten nicht gelungen sei, die Haushaltskonsolidierung im Jahr 2012 abzuschließen. 25 Mio. € seien noch offen. Dies mache die Auflage eines zweiten Haushaltskonsolidierungsprogramms notwendig. Eine objektkonkrete Aufteilung des von der BMA vorgeschlagenen Konsolidierungsbetrages sei zur Zeit seriös nicht möglich und sei auch für evtl. Verhandlungen nicht von Vorteil.

Frau Waldt erläuterte insbesondere die Seiten 58 – 60.

Frau Häußler führte auf Nachfrage aus, dass bei geringeren Einnahmen aus den Beteiligungsverkäufen als erwartet, neue Planungen in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat in Angriff genommen werden müssten. Die geplanten Mehreinnahmen im Steuerbereich basieren auf den Orientierungsdaten und Aussagen des Landes. Ein großer Teil der Haushaltskonsolidierung sei aus dem Personalbereich. Die Umsetzung der Modelle sei teilweise bis zum Jahr 2012 angelegt. Die Einnahmesituation der Stadt verschlechtere sich stetig. Aus diesem Grund steigen auch die Erfordernisse der immer größeren Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung.

Bezüglich der Seite 76 – Neue Erfordernisse auf Grund der Prognose der mittelfristigen Finanzplanung – erläuterte Frau Häußler, dass die Überprüfung der freiwilligen Aufgaben natürlich bereits bei der Verwaltung durchgeführt werde. Erstes Ziel seien jedoch interne Einsparung, um die negativen Auswirkungen auf die Bürger zu schmälern.

Die Mitglieder merkten an, dass die Personalkosteneinsparungen zum Teil durch Ausgliederung von Verwaltungseinrichtungen erreicht wurden. Dies ziehe jedoch Zuschusssteigerungen nach sich.

Frau Hock betonte, dass bei Veränderungen die Maßnahmeblätter ständig angepasst werden und somit der Rat informiert werde.

Bezüglich der Vorschläge zum Ausgleich des strukturellen Haushaltsdefizits (Seite 79) erläuterte Frau Häußler, dass die Positionen zur Diskussion stehen. Die geplanten Erlöse seien Schätzungen der BMA

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Misch führte Frau Häußler aus, dass bei evtl. Anteilsverkäufen der HAVAG keine Ausschreibungspflicht bestehe, wenn die Leistung, d. h. der Auftrag der Stadt, mitgegeben werden. Sie betonte, dass der Stadtrat konkrete Aufträge für die Verwaltung beschließen müsse. Weitere Punkte könnten in den Haushaltskonsolidierungskatalog aufgenommen werden.

Herr Schneider erläuterte, dass die 10 Mio. € Kosten für die Transaktionen eine geschätzte Größe nach Rücksprache mit dem Bankenbereich seien. Sie betragen 3 % und entsprechen der kaufmännischen Vorsicht. Frau Häußler fügte an, dass nicht benötigte Mittel dem städtischen Haushalt zu gute kommen und die Mittel äußerst sparsam eingesetzt werden.

Frau Häußler bat um Signale von den Fraktionen an die Stadt, damit die BMA evtl. weitere Vorschläge bis zur Sitzung am 17.05.2005 prüfen könne.

Herr Dr. Meerheim sagte eine Übersendung der Vorschläge der PDS-Fraktion am 04.05.2005 zu.

Herr Weiland kritisierte, dass zu wenig fundierte Erläuterungen zu den Vorschlägen der Verwaltung gegeben wurden und führte aus, dass von seiner Fraktion zur Zeit keine Vorschläge zu erwarten seien.

Frau Häußler führte aufgrund einer Nachfrage von Herrn Bönisch aus, dass die Frage der Chancen der Genehmigungsfähigkeit zur Zeit nicht beantwortet werden könne. Die Qualität der Zuarbeit des Haushaltsplanes entspräche den Anforderungen des Landesverwaltungsamtes aus dem vergangenen Jahr. Es sei ein Stadtratsbeschluss über konkrete Maßnahmen notwendig. Werden die vorgeschlagenen Punkte beschlossen, komme ein enormer Arbeitsaufwand auf die Verwaltung zu.

Bezüglich einer Kritik von Herrn Bönisch, dass der Erfolg der Haushaltskonsolidierung schwierig zu erkennen sei, verwies Frau Hoch auf Seite 75 des Materials vom 26.04.2005. Die Zahlen seien unterlegt und in den dazugehörigen Maßnahmeblättern erläutert. Frau Häußler fügte an, dass die Konsolidierungsbemühungen der Stadt durch die sinkenden Landeszuweisungen unterlaufen werden.

(18:05 – Frau Häußler und Frau Weiß verließen die Sitzung.)

Herr Funke verwies auf das zu Beginn der Sitzung übergebene Zusatzmaterial der Kämmerei mit Stand vom 02.05.2005.

Herr Bönisch bat um Erläuterung des Personalkostenzuwachses im Bereich Büro der Oberbürgermeisterin bis zur Sitzung am 17.05.2005. (Hinweis: Eine Zuarbeit für den nicht öffentlichen Teil wurde mit den Sitzungsunterlagen versandt.)

Die Vorschläge zur Parkraumbewirtschaftung wurden von Herrn Schramm und Herrn Bönisch kritisiert. Diese seien nicht zufrieden stellend.

Herr Doege betonte, dass es sich um eine neue Maßnahme und bei Leasing der Uhren um ein kreditähnliches Geschäft handeln würde, das durch das Landesverwaltungsamt genehmigt werden müsse.

Herr Dr. Meerheim regte an, diese Maßnahme für den nächsten Haushalt unbedingt vorzumerken.

Bezüglich des Antrages von Herrn Wehrich zum 3. Saaleübergang führte Herr Bönisch aus, dass lt. aktueller Auskunft aus dem Ministerium für Verkehr für Planungskosten – 3. Saaleübergang – keine eigene Position im Landeshaushalt veranschlagt wurde. Entsprechende Mittel seien durch die Stadt auch noch nicht beantragt worden.

Herr Heinz führte aus, dass zur Zeit die Linienbestimmung bearbeitet werde. Für eine Vorentwurfsplanung seien finanzielle Mittel in Höhe von 500 T€ notwendig.

Antrag von Herrn Wehrich (in der Sitzung am 01.03.2005):

Die in der Haushaltsstelle 2.6300959000-256 Planungsleistungen einer Saalebrücke im Süden von Halle zwischen Wörmlitz und Angersdorf in Höhe von 1 Mio. € sind zu streichen, da dieser 3. Saaleübergang lt. Gutachten keinen verkehrstechnischen Nutzen für die Stadt bringe. Fördermittel im Bundesverkehrswegeplan seien für dieses Projekt nicht eingestellt.

Abstimmung des Antrages von Herrn Wehrich:

5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
abgelehnt

Entscheidung über Miete oder Kauf des Friedhofsbaggers:

Aufgrund der Prüfung der Wirtschaftlichkeit wird der Kauf eines Friedhofsbaggers bestätigt.

Abstimmung zum Friedhofsbagger:

8 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

25 T€ für den Hafen

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Zuarbeit bis spätestens 17.05.2005 zu übergeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ergebnis:

Die Beschlussfassung der Empfehlung an den Stadtrat wurde auf den 17.05.2005 verschoben.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6 Anfragen von Stadträten

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 8 Anregungen

zu 9 Mitteilungen

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 9 wurden auf Nachfrage keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Referentin
Protokollantin